Thema					
Link zum Wahlprogramm >>	www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-b90-die-grunen.pdf	www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-fdp-monchengladbach.pdf	www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-spd-monchengladbach.pdf		www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-die-linke-monchengladbach.pdf

Kommunalwahlprogramme 2009

„Ampel“-Koalition [+]

Themenkomplex 09 „Die soziale Stadt“

- Gegenüberstellung der relevanten Aussagen -

Stand: 15. August 2009

(c) BürgerZeitung Mönchengladbach

Thema Link zum Wahlprogramm >>	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-b90-die-grunen.pdf	FDP www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-fdp-monchengladbach.pdf	SPD www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-spd-monchengladbach.pdf		DIE LINKE. Mönchengladbach www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-die-linke-monchengladbach.pdf
„Mönchengladbach-Pass“					Alle Menschen, die Anspruch auf soziale Unterstützung oder Arbeitslosengeld haben, erhalten automatisch mit dem Bewilligungsbescheid für ihre Leistungen den Mönchengladbach-Pass.
Zugangskosten zu öffentlichen Einrichtungen					In Anbetracht der steigenden Lebenshaltungskosten verschafft der Mönchengladbach-Pass kostenlosen Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen und kulturellen, sportlichen und Bildungsangeboten.
Kosten Stadtbücherei					Nicht nur der Jahresbeitrag für die Nutzung der Stadtbücherei wird für Personen mit geringem Einkommen abgeschafft, sondern auch alle Medien werden kostenfrei an Inhaber des Mönchengladbach-Passes ausgeliehen.
Internetzugang in der Stadtbücherei					Der Internetzugang in der Stadtbücherei wird für Inhaber des Passes kostenfrei.
Sozialticket für ÖPNV			Wir fordern die Einführung des Sozialtickets.		Der Mönchengladbach-Pass wird durch ein Sozialticket ergänzt, mit dem Bezieher von Leistungen nach SGB II und SGB XII für 15,00 Euro monatlich den öffentlichen Nahverkehr nutzen können.
Sozialtarif für Strom, Gas und Wasser					Allen Menschen, die Anspruch auf soziale Unterstützung oder Arbeitslosengeld haben, wird ein Sozialtarif für Strom, Gas und Wasser eingeräumt.
Unterkunftskosten und Zwangsumzüge für ALG II-Bezieher	Für viele Arbeitssuchende und ihre Angehörigen stellt das Arbeitslosengeld II keine Chance dar, sondern ihr Alltag ist eher von Ausgrenzung gekennzeichnet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, alle Möglichkeiten zu nutzen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Arbeitssuchende und ihre Familien brauchen soziale Teilhabe, Bildungsangebote und Beschäftigung müssen erhalten und entwickelt werden. Menschenwürdige und gerecht entlohnte Erwerbsarbeit sind für uns eine Selbstverständlichkeit (flächendeckender Mindestlohn sowie gleicher Lohn für gleiche Tätigkeiten bei Frau und Mann. Klimaschutz darf nicht eine Frage des Einkommens und der wirtschaftlichen Situation betroffener Personen sein. Auch „armen“ Haushalten muss es ermöglicht werden, durch Energieeinsparung dazu beizutragen, die CO_2-Belastung der Umwelt zu verringern.				Die Praxis der Zwangsumzüge von Hartz-IV-EmpfängerInnen und von BezieherInnen von Grundsicherung im Alter wird sofort beendet. Die Kosten der Unterkunft dürfen nicht pauschaliert werden, sie werden in der vollen tatsächlichen Höhe erstattet.
Behindertenbeauftragter		Regelmäßige Berichterstattung des Behindertenbeauftragten gegenüber dem Sozialausschuss des Stadtrates.			

(c) Bürgerportal

Thema Link zum Wahlprogramm >>	Bündnis 90/Die Grünen www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-b90-die-grunen.pdf	FDP www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-fdp-monchengladbach.pdf	SPD www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-spd-monchengladbach.pdf		Die Linke. Mönchengladbach www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-die-linke-monchengladbach.pdf
Betreuungseinrichtungen		Flexiblere und längere Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen.			
Kindertageseinrichtungen		Schaffung eines pluralen Angebotes an Kindertageseinrichtungen aller Trägergruppen, damit Eltern zwischen unterschiedlichen Grundrichtungen der Erziehung wählen können.			
Armut	Auch „armen“ Haushalten muss es ermöglicht werden, durch Energieeinsparung dazu beizutragen, die CO2-Belastung der Umwelt zu verringern.		Wir verstehen die Armutsbekämpfung als wesentlichen Bestandteil kommunaler Sozialpolitik. Dabei setzen wir einen besonderen Schwerpunkt bei der Bekämpfung der Kinderarmut.		Alle zwei Jahre erstellt die Stadt Mönchengladbach einen Armuts- und Reichtumsbericht
Prävention	Bündnis 90/Die Grünen schlagen vor, jetzt die Mittel für die vorsorgende Kinder- und Jugendarbeit, z.B. für die Breitenarbeit der Verbände, Kirchen und Jugendhäuser zu erhöhen, um künftig Kosten für spätere Heimeinweisungen oder Hilfen zur Erziehung zu vermeiden. Die freien Träger sollen gemeinsam mit der Verwaltung hierfür ein Konzept erarbeiten. Unterstützt werden sollen diese Präventionsmaßnahmen durch den Ausbau von sinnvollen Kommunikations-, Freizeit-, Sport- und Kulturangeboten für Jugendliche, die für jeden bezahlbar sind.	Ausbau von Frühwarnsystemen für Kinder und von Präventionsmaßnahmen zur Vermeidung von Drogenmissbrauch, Sucht, Tagesobdachlosigkeit, Gewalt und Überschuldung, auch von privaten Fonds initiiert.	Wir werden präventive Maßnahmen im Sozialbereich ausbauen. Dies gilt besonders im Familien-, Kinder- und Jugendbereich.		
Mobile Jugendarbeit			Dabei ist mobile (aufsuchende) Jugendarbeit Teil der offenen Jugendarbeit und dort einzusetzen, wo entsprechende Angebote noch fehlen oder diese offensichtlich nicht wahrgenommen werden.		Die Kommune braucht eine ausreichende Anzahl von StreetworkerInnen, die Kontakt- und Betreuungsarbeit für auffällig gewordene Kinder und Jugendliche leisten.
Integrationsarbeit	Insgesamt haben über 40.000 Menschen in Mönchengladbach ausländische Wurzeln. Sie alle zu integrieren, ist eine gewaltige Aufgabe. Der Integrationsbeauftragte der Stadt, aber auch der Integrationsrat haben auf diesem Feld sehr gute Arbeit geleistet, die es weiter nach Kräften zu unterstützen gilt.	Erstellung eines Integrationsberichtes, der die Lebenssituation von Migranten beschreibt und Empfehlungen für gezielte Maßnahmen gibt.	Wir werden fachübergreifende Integrationskonzepte unter Beteiligung der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Akteure entwickeln. Damit wird die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilhaben können.		
Bürgerliches Engagement	Ausdrücklich bekennen wir uns zur Kultur des Brauchtums und des bürgerschaftlichen Engagements, in der wir eine wichtige Säule der kulturellen und sozialen Identität unserer Stadt sehen. Karneval und Veilchendienstagszug, Schützenfeste und der Blumenkorso in Rheydt sind private Initiativen, die in hohem Maße zum positiven Image unserer Stadt beitragen.		Wir wollen bürgerschaftliches Engagement intensiver fördern und das Zusammenwirken zwischen Stadt, freien Trägern, Verbänden und Kirchen stärken.		
Elternunterstützung	Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich klar aus für verbesserte Betreuungsmöglichkeiten und größere Unterstützung der Eltern bei der Erziehungsarbeit. Die leere Stadtkasse ist dabei für uns kein Argument.	Verbesserung der Informationen für Familien etwa durch ein regionales Familienportal im Internet.	Wir wollen, dass jedes Kind nach seiner Geburt im häuslichen Umfeld besucht wird. So zeigt die Stadt, dass sie die Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung von Beginn unterstützt.		Wir brauchen wohnortnahe und niedrigschwellige Beratungsangebote, die zu Erziehung, Familienleben, Medienkonsum, Drogen, Gewalt und anderen Themen Einzelberatung und Gruppentraining zur Verfügung stellen.

(c) Bürgerportal Mönchengladbach

Thema Link zum Wahlprogramm >>	Bündnis 90 / Die Grünen www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-b90-die-grunen.pdf	FDP www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-fdp-monchengladbach.pdf	SPD www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-spd-monchengladbach.pdf		Die Linke. Mönchengladbach www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-die-linke-monchengladbach.pdf
					Es müssen lokale Angebote eingerichtet werden, die Müttern und/oder Vätern helfen, zu lernen, Ernährung für sich und ihre Kinder wichtig zu nehmen.
Ausgleich materieller Defizite	Schulkinder, die keine Schulbücher haben, sind nicht mehr die Ausnahme. Immer häufiger beobachten Lehrer, dass Kinder ohne Schulsachen, nur leicht bekleidet und hungrig zum Unterricht erscheinen. Für geschätzte 14.000 Kinder in Mönchengladbach ist ein tägliches gesundes Mittagessen nicht selbstverständlich. Jedes vierte Kind kann sein Recht auf Bildung nicht wahrnehmen, weil in der Familie das Geld für Schulhefte oder Stifte fehlt. Diese Tatsache grenzt aus, verbaut Lebens- und Lernchancen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat jedoch für Kinder in Haushalten, die Hartz IV beziehen, die Befreiung von der Zuzahlung bei den Schulbüchern abgeschafft. Allein die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat frühzeitig auf diesen unhaltbaren Zustand aufmerksam gemacht und reagiert. Mehrfach brachte die Fraktion Anträge für die Lernmittelfreiheit für Kinder in Haushalten, die Hartz IV beziehen, in den Rat und die Ausschüsse ein. Neben der kostenlosen Bereitstellung von Lernmitteln hat die Fraktion auch wiederholt die kostenlose Teilnahme am Mittagessen für all diejenigen Kinder, deren Familien von Arbeitslosengeld II leben, gefordert. Hiermit wollen die Grünen auffangen, was die Eltern nicht leisten können.				Im kommunalen Haushalt müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, die wenigstens einen Teil der materiellen Defizite - etwa den Mehrbedarf für besondere Lebenslagen und -notwendigkeiten -, die die Regelsatzverordnung von 2005 geschaffen hat, ausgleichen.
Selbsthilfe	Neben den vielen gemeinnützigen Vereinen sehen Bündnis 90/Die Grünen speziell in der Beratungsstelle für Selbsthilfe und im Freiwilligen Zentrum wichtige Agenturen auf dem Weg zur Bürgerkommune; hier ergänzen sich Professionalität und Ehrenamtlichkeit zugunsten der Gemeinschaft.				Die Selbstorganisation Betroffener muss weiter und dauerhaft gefördert werden, etwa Drogenselbsthilfe, Aidshilfe, institutionelle Förderung von Krebs-Selbsthilfegruppen.

(c) Bürgerportal 2009

Thema Link zum Wahlprogramm >>	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-b90-die-grunen.pdf	FDP www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-fdp-monchengladbach.pdf	SPD www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-spd-monchengladbach.pdf		DIE LINKE. Mönchengladbach www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-die-linke-monchengladbach.pdf
Stadtbibliothek	Weiter fordern wir die Errichtung eines Bildungszentrums in innerstädtischer Lage z.B. auf dem leer stehenden Gelände des ehemaligen Zentralbades, mit Zentralbibliothek und einer siebten Gesamtschule.	Konzentration auf die beiden Zentralbibliotheken in Rheydt und Mönchengladbach. Dabei hat sich der zentrale Standort in Rheydt mitten im Einkaufsleben und Zentrum bewährt. Die FDP will die Verlagerung der Stadtbibliothek an die Hindenburgstraße, anstatt den jetzigen Standort an der Blücherstraße aufwendig mit einem zeitgemäßen Brandschutz auszurüsten.			
Leseförderung		Weiterer Ausbau des Engagements der Bibliothek im Bereich der frühkindlichen Leseförderung, das bereits große Erfolge zeigt.			
„Bündnis für Familie“					In Mönchengladbach muss ein „Bündnis für Familien“ ins Leben gerufen werden, das diesen Namen verdient, weil es armen und sozial benachteiligten Familien zu einer nachhaltigen Entlastung und zur Teilhabe am öffentlichen Leben verhilft.
U3-Betreuung	Wer Kinder und Beruf miteinander vereinbaren will, braucht Kinderbetreuung. Oft müssen beide Elternteile erwerbstätig sein, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. In verschärftem Maße gilt das für Alleinerziehende. Daher muss Kinderbetreuung verlässlich sein, es muss genügend Kita - Plätze geben, auch für Kinder unter drei Jahren. In Mönchengladbach ist das leider durch die Politik von CDU/FDP seit Jahren nicht der Fall. Die Folge: Viele junge Familien stehen im Regen. Wir Grünen sind deshalb für einen beschleunigten Ausbau der U-3-Plätze.	Zügiger und effektiver Ausbau der U3-Betreuung.	Wir setzen uns für den schnellen und bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von unter drei Jahren ein.		Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren müssen zügig ausgebaut werden.
„Sorgentelefon“ für Kinder					Sorgentelefone für Kinder sowie weitere Angebote anonymer Beratung sind stärker zu fördern.
Spielplätze	Auch im Freizeitbereich und im öffentlichen Raum muss sich die Angebotsqualität deutlich verbessern. Von Schadstoffen unbelastete Spielplätze, sichere Schulwege, attraktive Sport- und Freizeitangebote, wie z.B. das Pahlkebad, das sind wichtige Grundbausteine einer familienfreundlichen Stadt.				Die Stadt braucht mehr wohnortnahe Spielplätze, Abenteuerspielplätze und ähnliche Einrichtungen. Überprüfungen der Spielplätze auf Sicherheit und Schadstoffbelastung müssen intensiver und öfter als bisher durchgeführt werden, bei Mängeln muss schneller Abhilfe geschaffen werden.
Hilfen bei Missbrauch usw.	Erhalten bleiben und finanziert werden müssen ebenso Angebote wie die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung, die von der Stadt, dem Land NRW und durch den Sparkassenfonds NRW finanziert wird, Beratungsstellen wie pro familia, der einzigen konfessionell unabhängigen Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle vor Ort, das Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach mit seinem unverzichtbaren Beratungsangebot, Ver-				Pädagogische und sexualpädagogische Angebote für Mädchen und Jungen müssen geschaffen werden als Rahmen für notwendige Aufklärung, um der Veränderung geschlechtsspezifischer Rollenmuster gerecht zu werden. Wir unterstützen Zufluchtsstätten für misshandelte, in Not geratene und sexuell missbrauchte Kinder.

(c) Bürgerportal Mönchengladbach

Thema Link zum Wahlprogramm >>	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-b90-die-grunen.pdf	FDP www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-fdp-monchengladbach.pdf	SPD www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-spd-monchengladbach.pdf		DIE LINKE. Mönchengladbach www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-die-linke-monchengladbach.pdf
	eine wie der Kinderschutzbund Mönchengladbach oder „Zornröschen“.				Etwa in Form eines Mädchen- und Jungenhauses, damit eine ausreichende Betreuung für sie sichergestellt werden kann.
Integration von Migrantenkinder	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten ein für eine Kultur der Anerkennung und des Respekts. Dies bedeutet, Beispiele bester Praxis auch entsprechend zu würdigen: Eine Schule, wie die Gesamtschule Espenstraße, die Abiturjahrgänge hervorbringt mit Jugendlichen, die zu 60 Prozent einen Migrationshintergrund haben, verdienen unseren Respekt. An ihrem Beispiel müssen sich andere Schulen messen lassen. Allein schon aus demographischen Gründen brauchen wir ein Schulsystem, das Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Schichten zu höherwertigen Abschlüssen führt.	Ausbau von Betreuungs-, Beratungs- und Begegnungsangebote insbesondere für junge Migranten.			Der Anteil von MigrantInnen, die als ErzieherInnen in Kindergärten, Kinderhorten und Tagesstätten eingestellt werden, muss erhöht werden, da diese zur Integration der Kinder von MigrantInnen beitragen und zudem Vorurteile bei einheimischen Eltern abbauen können.
Jugendfreizeitangebote			Wir fördern nichtkommerzielle, pädagogisch sinnvolle und attraktive Jugendfreizeitangebote, damit Kinder und Jugendliche Gemeinschaft erleben, Selbstvertrauen tanken und Engagement erlernen können.		Jeder Stadtteil braucht eine sozialpädagogisch betreute Jugendfreizeiteinrichtung.
Soziale Projekte		Unterstützung von Einrichtung privater Fonds zur Förderung individueller sozialer Projekte.			
Betriebskindergärten		Unterstützung der Einrichtung von Betriebskindergärten, weil sie im gemeinsamen Interesse von Arbeitnehmern mit Kindern und Arbeitgebern sind und zusätzliche Flexibilität schaffen. Die Angebote sollen regelmäßig auf ihre Qualität geprüft werden.			
Beiträge für Kidergarten-/Kindertagesstätten	Wir sind für bezahlbare Kindergartenplätze. Wir streben mittelfristig die Abschaffung der Kindergartenbeiträge an.	Finanzielle Entlastung der Familien durch den schrittweisen Abbau von Kindergarten-Beiträgen.	Wir wollen, dass für den Besuch von Kindertageseinrichtungen künftig keine Elternbeiträge mehr erhoben werden, weil Kindertagesstätten Bildungseinrichtungen sind.		
Tagesmütter		Zügiger Ausbau des Angebotes an Tagesmüttern entsprechend dem Kinderförderungsgesetz bis 2013 auf 540.			
Gleichbehandlung bei Förderung		Gleichbehandlung von Jungen und Mädchen bei Fördermaßnahmen im Kleinkind-, Kindergarten- und Grundschulalter.			
Sozialplanung			Wir wollen eine fundierte Sozialplanung, die unter anderem Jugendhilfeplanung, Gesundheitsberichterstattung, Schul- und Kindergartenentwicklungsplanung beinhaltet und damit passende Angebote ermöglicht. Deshalb fordern wir die Zusammenlegung der Zuständigkeit für Bildung und Jugend im Bereich der Verwaltung.		
Leistungsvereinbarungen					

(c) Bürgerportal

Thema Link zum Wahlprogramm >>	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-b90-die-grunen.pdf	FDP www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-fdp-monchengladbach.pdf	SPD www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-spd-monchengladbach.pdf		DIE LINKE. Mönchengladbach www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-die-linke-monchengladbach.pdf
Ehrenamtliche Arbeit	Viele Menschen in Mönchengladbach engagieren sich in Vereinen, Organisationen, Initiativen oder als Einzelpersonen ehrenamtlich. Bisher fehlt der Stadt jedoch eine Gesamtstrategie zur Hebung dieses „Schatzes". Die Stadtverwaltung muss freiwilliges Engagement stärker durch personelle und räumliche Ressourcen unbürokratisch unterstützen und fördern. Dazu gehört auch, dass gemeinnützige Vereine städtische Flächen für Feste und Veranstaltungen, die keinem wirtschaftlichen Zweck dienen, gebührenfrei nutzen dürfen.				
Jugendarbeit der Verbände					
Finanzierung der Jugendarbeit	Dutzende der aktuell auch aufgrund der Landespolitik bedrohten Einrichtungen der offenen Jugendarbeit könnten ihre Nachmittags- und Abendangebote für Kinder und Jugendliche aufrechterhalten, wenn nur ein, zwei Kindern die Heimeinweisung erspart werden könnte und das Geld für vorbeugende Breitenarbeit zur Verfügung stünde. Dringend nötig sind offene Jugendtreffs insbesondere in Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit.				
Vereine	Die Stadtverwaltung muss freiwilliges Engagement stärker durch personelle und räumliche Ressourcen unbürokratisch unterstützen und fördern. Dazu gehört auch, dass gemeinnützige Vereine städtische Flächen für Feste und Veranstaltungen, die keinem wirtschaftlichen Zweck dienen, gebührenfrei nutzen dürfen.				
Hilfe in schwierigen Situationen					
Einbürgerung					Einbürgerung muss erleichtert werden. Auf kommunaler Ebene ist es vor dem Hintergrund europakonformer Auslegung von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften erforderlich, dass im Hinblick auf gestellte Einbürgerungsanträge in jeglicher Hinsicht eine größtmögliche Ermessensausübung der Einbürgerungsbehörde zugunsten der Betroffenen – auch im Hinblick auf das Kriterium Lebensunterhaltssicherung – erfolgen muss. Darüber hinaus ist eine Beschleunigung und Vereinfachung von transparenten Einbürgerungsverfahren auf kommunaler Ebene zu fordern.
Gleichstellungspolitik	Zu einer gerechten Gesellschaft gehört eine konsequente Verwirklichung der Geschlechtergerechtigkeit. Das war und ist einer der zentralen GRÜNEN Ansprüche an Politik.				Eine aktive Gleichstellungspolitik muss Frauen die volle Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen ermöglichen.

(c) Bürgerportal Mönchengladbach

Thema Link zum Wahlprogramm >>	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-b90-die-grunen.pdf	FDP www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-fdp-monchengladbach.pdf	SPD www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-spd-monchengladbach.pdf		DIE LINKE. Mönchengladbach www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-die-linke-monchengladbach.pdf
	Frauenpolitik geht dabei weit über die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinaus. Besonders für Frauen ist diese Frage zwar noch immer zentral, wir wehren uns aber gegen die Gleichsetzung von Frauen- und Familienpolitik. Frauen- und Gleichstellungspolitik betrifft alle anderen Politikfelder von der Wirtschafts- über die Bildungs- und Sozialpolitik bis hin zur Haushalts- und Gesundheitspolitik. Noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen in vergleichbaren Tätigkeiten (im europäischen Vergleich belegt Deutschland einen der hinteren Plätze).				
Frauenhäuser u.ä.	Die Absicherung von Frauenprojekten, Frauenhäusern, Gewaltschutzkonzepten, Frauenkultur und Frauenräumen sind weiterhin von hoher Wichtigkeit und müssen von der Stadt Mönchengladbach finanziell abgesichert werden.				Frauenhäuser zum Schutz von Frauen, die unter familiärer oder partnerschaftlicher Gewalt leiden, müssen finanziell abgesichert und ausgebaut werden. Frauen- und Mädchenprojekte sollen besonders gefördert werden.
Alleinerziehende	Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Reduzierung der Doppelbelastung von (allein erziehenden) erwerbstätigen Müttern und die Beseitigung des überdurchschnittlich hohen Anteils in Armut lebender allein erziehender Frauen sind vordringliche Themen der Frauenpolitik.				Der Bedarf an Beratungsstellen zur Unterstützung von Alleinerziehenden, u. a. bei Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung, sozialen Engpässen und Versorgung im Krankheitsfall, muss ermittelt und abgedeckt werden.

(c) BürgerZeitung Mönchengladbach